



Unter Beschuss

Einst galten sie als Helden der Wissensgesellschaft, heute sind sie das Feindbild der Populisten: die Experten. Sie müssen ihr Verhältnis zur Politik neu denken, um ihre Unabhängigkeit zu wahren, **schreibt Caspar Hirschi**

Die moderne Gesellschaft ist angewiesen auf Experten. Man kann heute so wenig gegen Experten sein, wie man gegen Verkehr, Geld oder Steuern sein kann. Ohne Experten würden nicht nur die Institutionen des demokratischen Rechtsstaates lahmgelegt, das gesellschaftliche Leben als Ganzes würde über kurz oder lang zusammenbrechen.

Das wissen sogar jene Politiker, die Stimmung machen gegen Experten, um sich mit dem sogenannten Volk gegen die sogenannten Eliten zu verbrüdern. Sobald eine Entscheidung von gewisser Komplexität ansteht, greifen auch Populisten auf den Rat von Experten zurück. Nur tun sie es diskreter. Donald Trump hatte Experten im Wahlkampf als «schrecklich» bezeichnet, aber als es nach der Wahl an die Ausgestaltung seiner Steuerreform ging, nahm er selbstverständlich die Unterstützung von Experten in Anspruch.

Ähnlich ging der oberste Brexit-Befürworter Michael Gove vor: Während des Abstimmungskampfes um den EU-Austritt Grossbritanniens hatte er verkündet, «die Menschen in diesem Land haben die Nase voll von Experten». Aber als die britische Regierung nach der Abstimmung Heerscharen von Experten für die Austrittsverhandlungen mit der EU beizog, hatte Gove natürlich nichts einzuwenden.

Hochgebildeter Menschenschlag

Populismus bedeutet nicht Politik ohne Experten, sondern Politik ohne die Inszenierung von Experten. Stattdessen wird eine Darbietung des starken Mannes als souveräner Macher geboten, verpflichtet allein der Stimme des Volkes, die aus seinem Bauch heraus zu ihm spricht. Allerdings bedeuten Differenzen in der Darstellung in der Politik immer auch Differenzen in der Praxis. Werden Experten von der politischen Bühne hinter die Kulissen geschoben, können sie von den Entscheidungsträgern umso freier selektiert, konsultiert und manipuliert werden.

Dass Experten eine derart beliebte Zielscheibe von Populisten werden konnten, war nur möglich, weil sie zuvor von Politikern staatstragender Parteien zu Garanten einer neuen, wissenschaftsbasierten Politik hochstilisiert worden waren. Was der Ritter für die Feudalgesellschaft, der Entdecker für die Kolonialgesellschaft und der Fabrikant für die Industriegesellschaft war, sollte der Experte für die Wissensgesellschaft sein: Vorreiter eines neuen, hochgebildeten Menschenschlags, der dank seiner Kompetenz in der Politik den Konsens herbeiführt und in der Wirtschaft die Effizienz erhöht.

Experten haben dadurch ein symbolisches Gewicht erhalten, das zuerst zu einer repräsentativen Last und dann zu einem Reputationsrisiko geworden ist. Regierungen und Parlamente haben wissenschaftliche Beratungsgremien ins mediale Rampenlicht gerückt, um Experten eine öffentliche Legitimierungsfunktion aufzubürden und sich selbst von Verantwortung zu entlasten. In einer Zeit, in der es um das öffentliche Vertrauen in die Politik bereits schlecht bestellt war, sollte das Vertrauen in die Wissenschaft umso mehr als politische Ressource genutzt werden. Dass dadurch auch die Wissenschaft einen Vertrauensverlust erleiden könnte, wurde nicht bedacht.

Im Extremfall wurden Empfehlungen von Experten zu einem Mittel der politischen Propaganda. Es waren gerade Regierungen, die im Ruf standen, besonders wissenschaftsfreundlich zu sein, die sich dieses Mittels bedienten. Kanzlerin Angela Merkel nutzte es für die Durchsetzung des Atomausstiegs nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima, US-Präsident Barack Obama für den Abschluss

Die Gefahr, die der Wissenschaft droht, ist ein Dasein als Dienerin der Politik ohne Anspruch auf Unabhängigkeit.

des Atomabkommens mit Iran. Wie kalkuliert er dabei vorging, zeigt eine Reportage im Magazin der «New York Times», die wenige Monate vor der Wahl Donald Trumps erschien. Obamas Sicherheitsberater Ben Rhodes hatte dem Journalisten anvertraut, wie sich die Regierung die Unterstützung für das Atomabkommen gesichert hatte. Die Ausgangslage war schwierig gewesen, weil eine Mehrheit der Bevölkerung wie des Kongresses das Abkommen abgelehnt hatte.

Rhodes erzählte, wie die Regierung unter Einbezug zweier Journalisten mit gutem Namen und grosser Twitter-Gefolgschaft eine Argumentationslinie entwickelte, die diese danach im Internet verbreiteten. Gleichzeitig mobilisierten Obamas Kommunikationsstrategen «Legionen von Rüstungsexperten» in Think-Tanks und Online-Medien, um die Argumente zu bekräftigen. «Wir schufen eine Echokammer», erläuterte Rhodes. Sie war gefüllt mit handverlesenen Experten, die ahnungslosen Reportern und leichtgläubigen Politikern das sagten, «was wir ihnen zu sagen gegeben hatten».

Im Frühjahr 2016, als der Magazinbericht erschien, hatte Trump schon seine verbalen Salven auf Experten der internationalen Politik abgefeuert. Rhodes legte die Strategie mit zynischen Bemerkungen zur Leichtgläubigkeit und Unwissenheit von Hauptstadt-Korrespondenten und mit sichtlichem Stolz über das erreichte Ergebnis offen. Das Bild von Experten und Medien, das er vertrat, kam jenem, das Trump vermittelte, erstaunlich nahe. Insofern ist es eine stimmige, wenn auch traurige Ironie, dass die Propaganda der expertengestützten Politik, mit der Obama um Zustimmung für das Iran-Abkommen warb, genau jenem Präsidentschaftskandidaten in die Hände spielte, der das Iran-Abkommen nur zwei Jahre später mit einem Federstrich wieder zunichtemachen würde.

Wahrheitsanspruch verloren

Angesichts der Verwerfungen, die das Brexit-Votum und die Trump-Wahl im Verhältnis von Wissenschaft und Politik ausgelöst haben,

Caspar Hirschi



Caspar Hirschi, 43, ist Professor für Geschichte an der Universität St. Gallen. Er forscht zum Verhältnis von Wissenschaft und Politik in Geschichte und Gegenwart – und ist selbst in verschiedenen Expertengremien tätig. Dieser Tage erscheint sein Buch «Skandalexperten, Expertenskandale».

könnte man die Angriffe auf Experten als Zeichen eines nicht mehr aufzuhaltenden Verhängnisses sehen. An dessen Ende würden populistische Machthaber der Wissenschaft jeden privilegierten Wahrheitsanspruch aberkennen. Gegen ein solches Szenario, das der Harvard-Professor Tom Nichols im Bestseller «The Death of Expertise» entwirft, spricht jedoch die Unentbehrlichkeit der wissenschaftlichen Forschung für Politik und Gesellschaft.

Die Gefahr, die der Wissenschaft bei einem fortschreitenden Glaubwürdigkeitsverlust von Experten eher droht, ist ein Dasein als Dienerin der Politik und der Wirtschaft ohne jeden Anspruch auf Unabhängigkeit. Dadurch wären Forscherinnen und Forscher noch weniger in der Lage, auf politische Prozesse aus einer Position der Autonomie heraus Einfluss auszuüben. Sie würden noch mehr zum Spielball von Kräften, die sie nicht kontrollieren können.

Inстанz der öffentlichen Kritik

Die Bedrohung ist umso grösser, als die Wissenschaft ihre öffentliche Autorität während der vergangenen Jahrzehnte wie nie zuvor auf die Expertenrolle abgestützt hat. Dadurch hat sie eine andere Rolle vernachlässigt und letztlich den Populisten überlassen: nämlich die Rolle als öffentlicher Kritiker, die es Forschenden lange ermöglicht hat, aus Distanz zur Politik in öffentliche Diskussionen zu intervenieren oder selber Debatten zu lancieren.

Die Rolle des öffentlichen Kritikers ist wie jene des Experten im Zuge der Aufklärung entstanden, war ihr lange ein komplementärer Gegenpart und hat die Geschichte von moderner Politik und Wissenschaft ebenso stark geprägt. Für politische Eliten waren Kritiker stets schlechter kontrollierbar, meist unangenehmer und manchmal auch gefährlich, weshalb die Abwertung der Kritikerrolle der Wissenschaft durchaus in ihrem Sinne war.

Will die Wissenschaft dem Schicksal einer Dienerin von Politik und Wirtschaft entgehen, muss sie wieder viel stärker zu einer Instanz der öffentlichen Kritik werden.